

36. Sessionsrückblick von Nationalrat Thomas Aeschi

Herbstsession 2020



-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Resultate der eidg. Volksabstimmung vom 27. September 2020
 3. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 4. Besuch im Bundeshaus
 5. Aktualitäten

1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

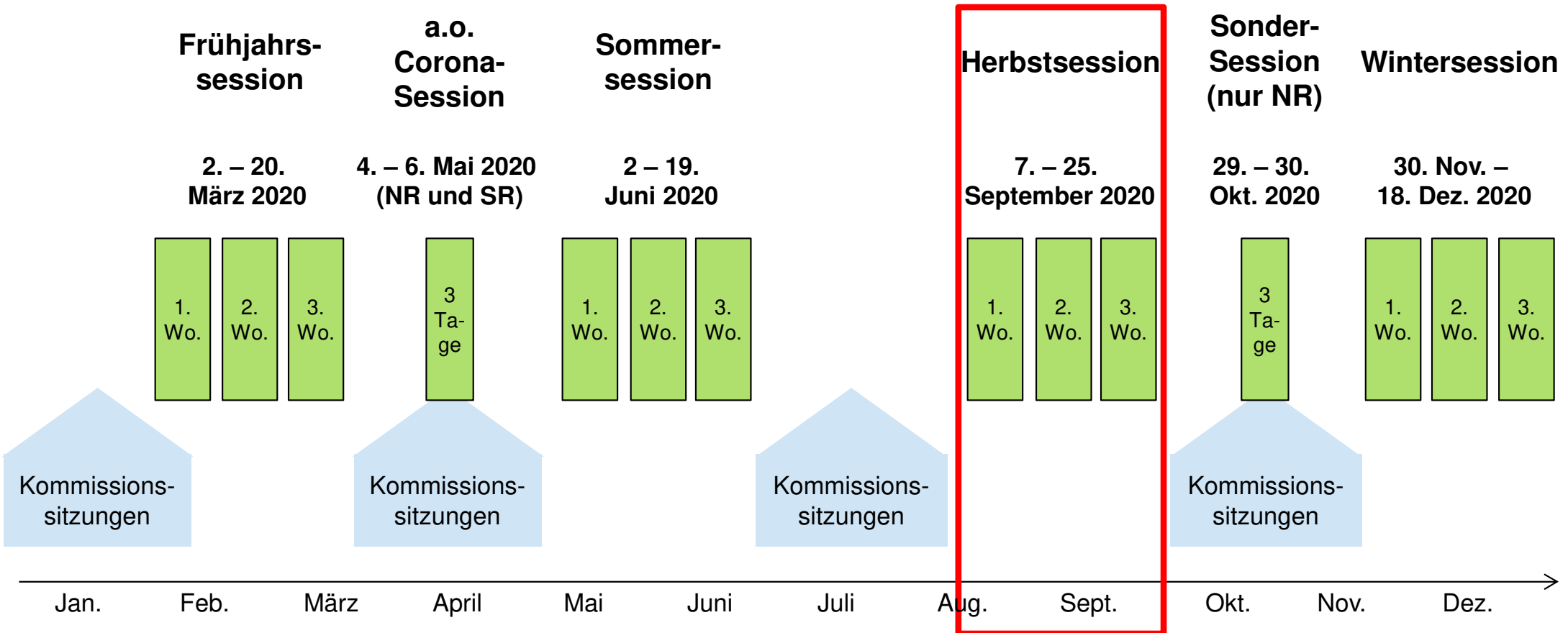
2. Resultate der eidg. Volksabstimmung vom 27. September 2020

3. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

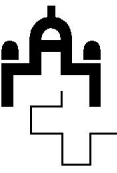
4. Besuch im Bundeshaus

5. Aktualitäten

In diesem Sessionsrückblick informiere ich über die Herbstsession und andere wichtige politische Entwicklungen



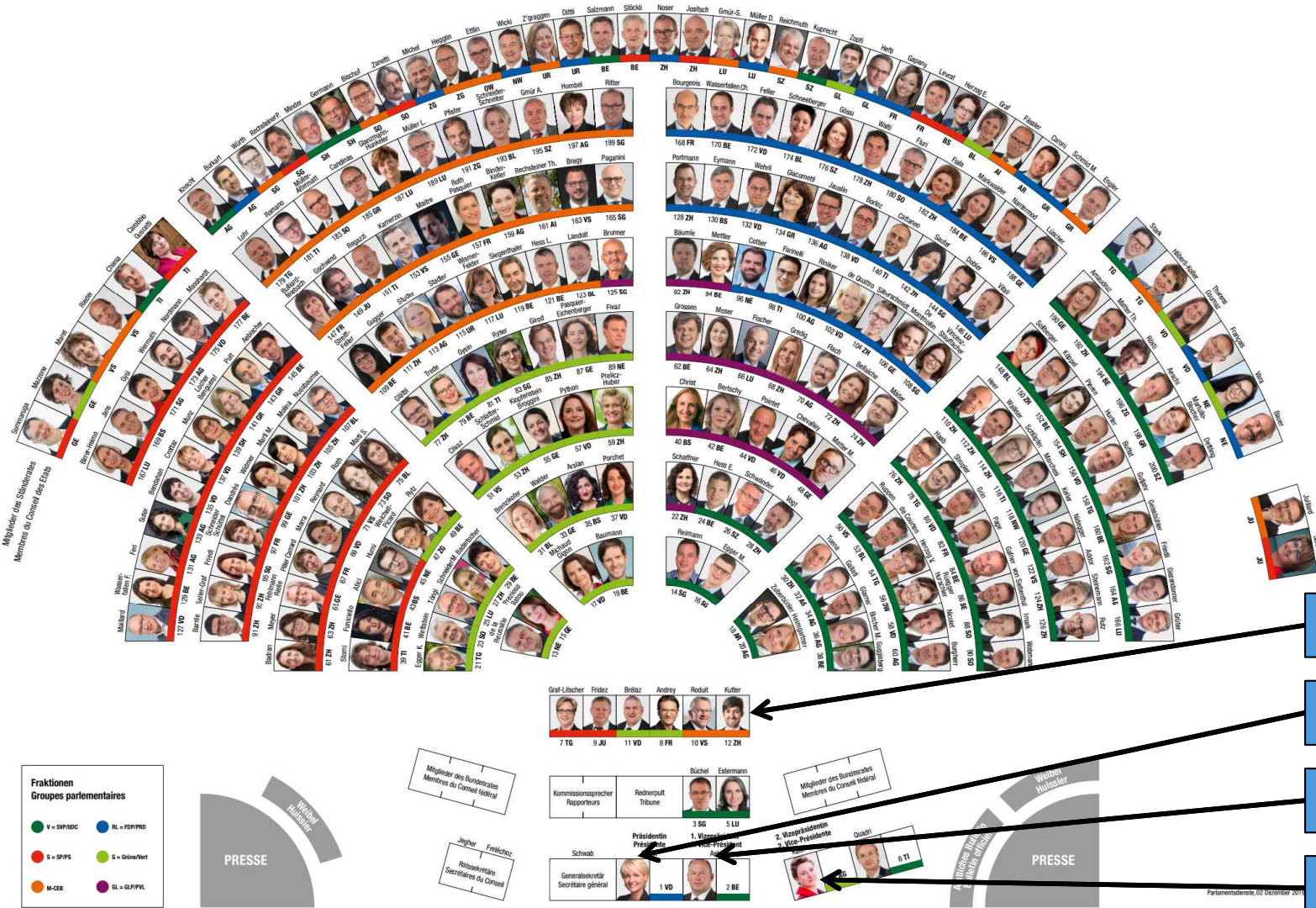
 **Zusätzlich zu den Sessionen und Kommissions-/Delegationssitzungen finden Sitzungen von parlamentarischen Gruppen, Informationsveranstaltungen und andere Anlässe statt.**



Eine typische Sessionswoche besteht nicht nur aus Ratsdebatten, sondern auch aus Fraktions- und Informationstreffen



**Der Nationalrat wird durch eine Vertreterin der FDP präsiert,
die Vizepräsidenten vertreten die SVP und die Grünen**



Stärke der Fraktionen im Nationalrat	
SVP:	55
SP:	39
Mitte:	31
Grüne:	30
FDP:	29
GLP:	16

8 Stimmenzähler

Präsidentin (FDP)

1. Vizepräsident (SVP)

2. Vizepräsidentin (Grüne)

Quelle: www.parlament.ch



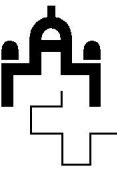
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

2. Resultate der eidg. Volksabstimmung vom 27. September 2020

3. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

4. Besuch im Bundeshaus

5. Aktualitäten



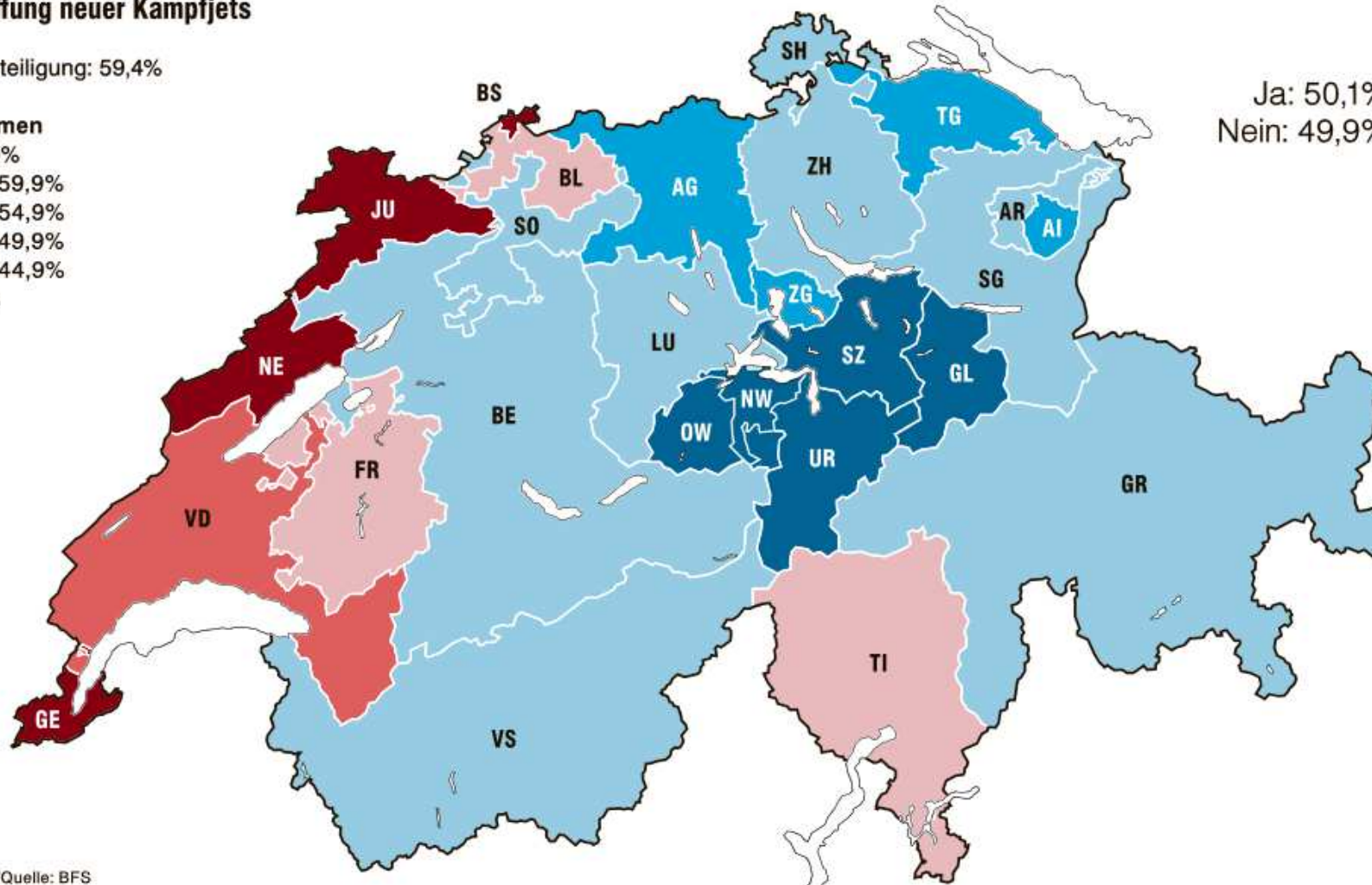
Beschaffung neuer Kampffjets

Beschaffung neuer Kampffjets

Stimmbeteiligung: 59,4%

Ja-Stimmen

- >60,0%
- 55–59,9%
- 50–54,9%
- 45–49,9%
- 40–44,9%
- <40%



Ja: 50,1%
Nein: 49,9%

Kantone	% Ja
Nidwalden	65,7
Schwyz	62,7
Obwalden	62,3
Uri	62,0
Glarus	60,3
Zug	59,9
Appenzell-Innerrhoden	57,5
Aargau	56,9
Thurgau	55,6
Luzern	54,9
Solothurn	53,8
St. Gallen	53,4
Graubünden	53,0
Wallis	52,0
Appenzell-Ausserrhoden	51,7
Bern	51,4
Schaffhausen	51,2
Zürich	50,3
Basel-Landschaft	49,7
Tessin	47,2
Freiburg	45,7
Waadt	41,1
Neuenburg	38,4
Genf	37,2
Basel-Stadt	36,9
Jura	31,4
Schweiz	50,1

Grafik mrue/Quelle: BFS

Legend:

- >70%
- 60-69,9%
- 50-59,9%
- 40-49,9%
- 30-39,9%
- <30%

Map labels (cantons): SH, BS, BL, AG, ZH, TG, AR, AI, SG, LU, SZ, GL, NW, OW, UR, GR, TI, VS, VD, NE, FR, BE, JU, SO, GE.

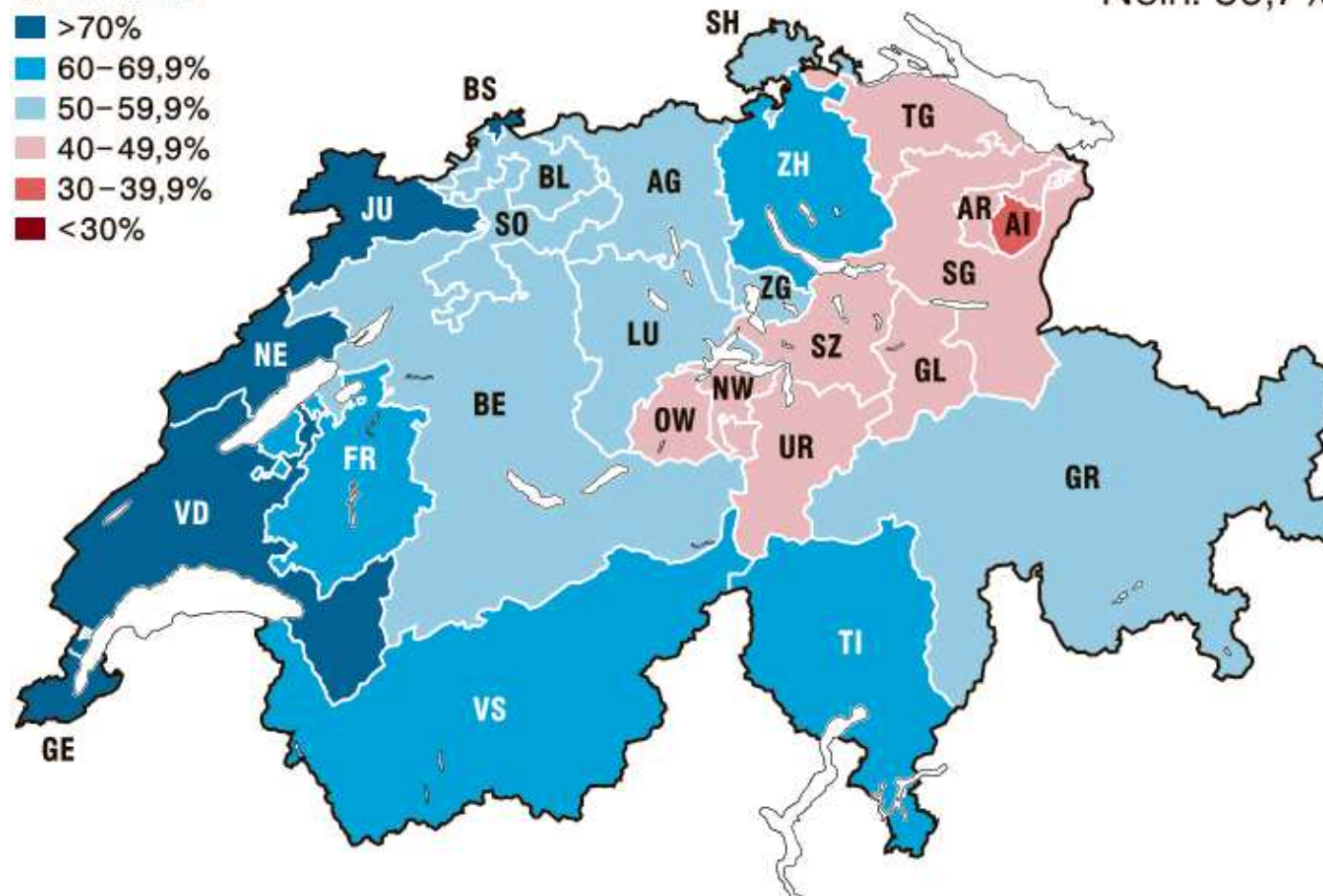
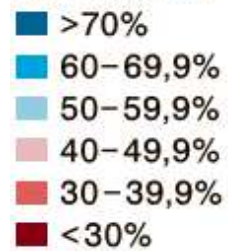
Vaterschaftsurlaub

Vaterschaftsurlaub

Stimmbeteiligung: 59,3%

Ja: 60,3%
Nein: 39,7%

Ja-Stimmen



Kt,	% Ja
VD	81,6
GE	79,4
JU	74,6
NE	73,6
BS	71,6
FR	67,8
TI	67,3
ZH	61,7
VS	60,5
BL	58,9
BE	56,9
SH	56,3
AG	53,3
ZG	52,9
SO	52,4
LU	51,9
GR	51,8
SG	49,2
TG	49,2
AR	45,6
GL	43,3
UR	43,0
NW	42,9
SZ	42,0
OW	41,8
AI	34,7

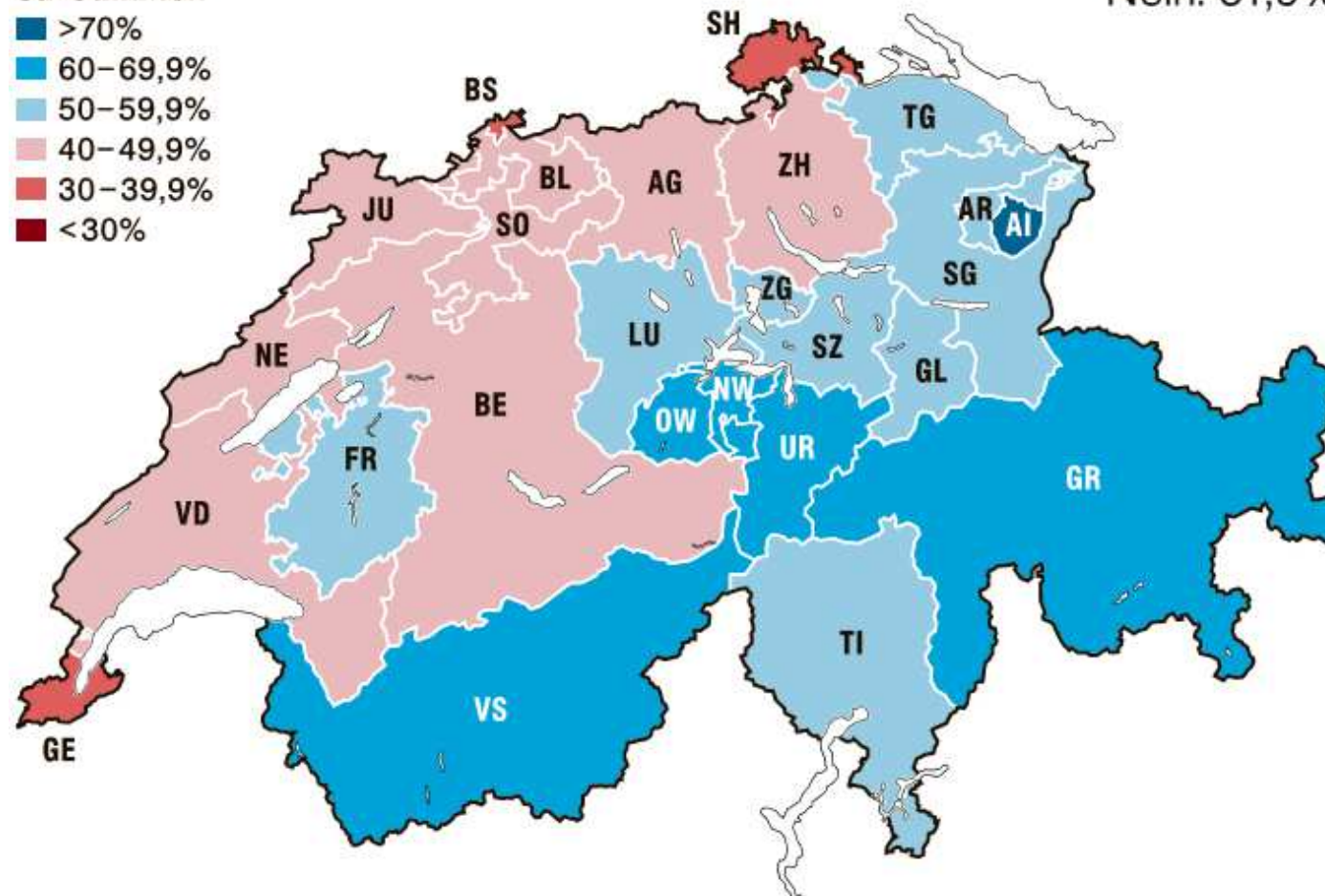
Jagdgesetz

Änderung des Jagdgesetzes

Stimmbeteiligung: 59,3%

Ja: 48,1%
Nein: 51,9%

Ja-Stimmen

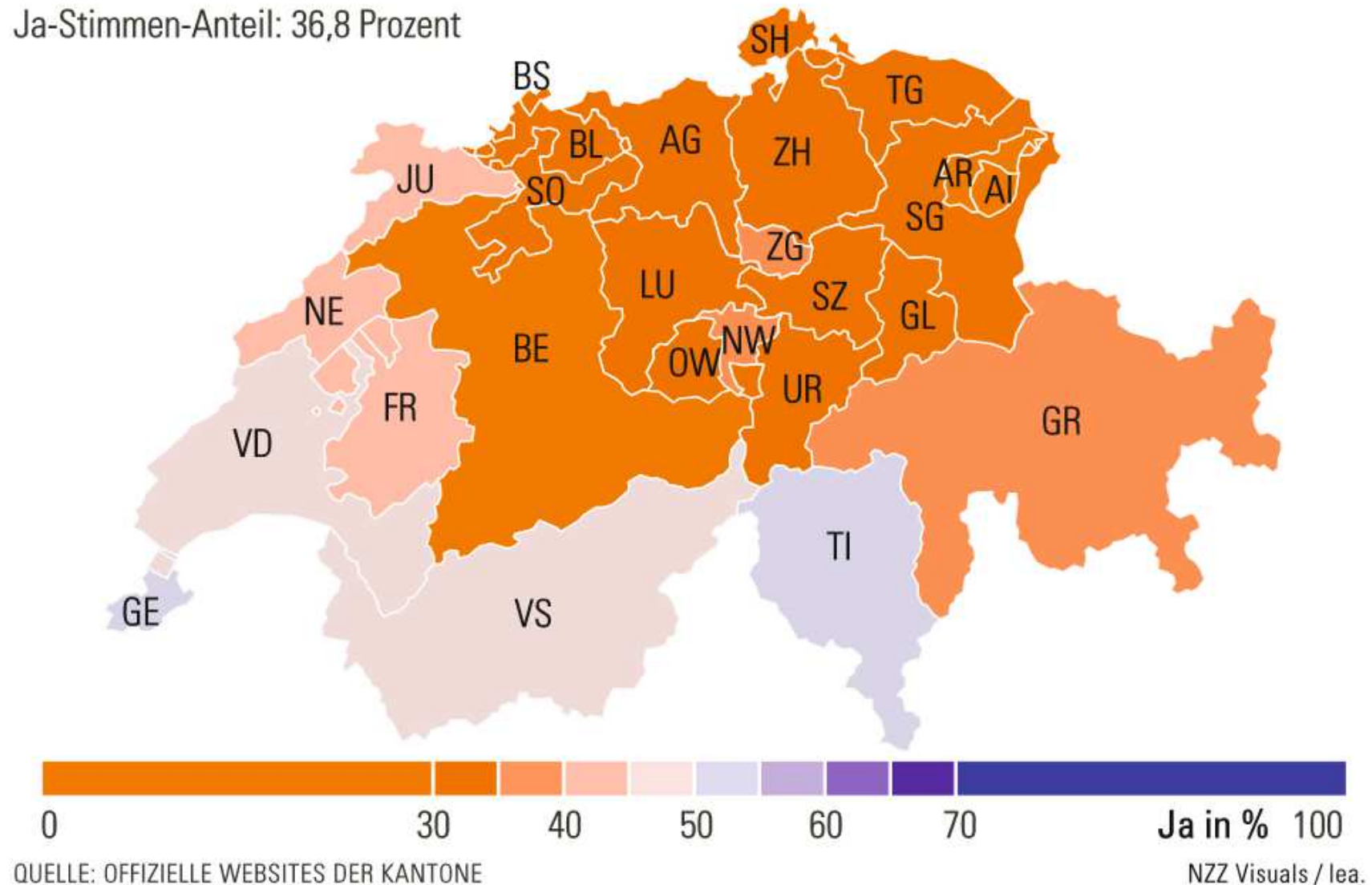


Kt,	% Ja
AI	70,8
UR	69,6
VS	68,6
GR	67,3
OW	63,1
NW	62,9
SZ	58,9
LU	56,0
SG	55,5
AR	53,0
ZG	52,9
GL	52,7
TI	51,5
FR	50,7
TG	50,3
JU	48,2
AG	47,6
BE	47,0
SO	44,0
BL	42,6
NE	42,0
ZH	41,4
VD	40,2
GE	36,9
SH	36,7
BS	36,1

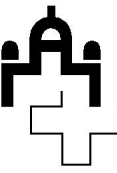
Erhöhung der Kinderabzüge

Klare Abfuhr für höhere Kinderabzüge

Ja-Stimmen-Anteil: 36,8 Prozent

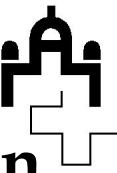


-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Resultate der eidg. Volksabstimmung vom 27. September 2020
 - 3. Die bedeutendsten Geschäfte der Session**
 4. Besuch im Bundeshaus
 5. Aktualitäten



Die untenstehenden Geschäfte sind die bedeutendsten der Herbstsession 2020 und werden nachfolgend vertieft behandelt

- 1 Festhalten am institutionellen Abkommen (Legislaturplanung 2019-2023)
- 2 CO₂-Gesetz
- 3 Weitere Aufweichung des „Masseneinwanderungsinitiative-Nicht-Umsetzungsgesetzes“
- 4 Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland sowie Reform des Dublin-Abkommens
- 5 Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands. Schengener Informationssystem (SIS)
- 6 Covid-19-Gesetz
- 7 Trinkwasser- und Pestizidinitiative
- 8 Änderung Nationalstrassenabgabegesetz
- 9 Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit, Bildung, Forschung, Innovation, Kultur
- 10 Diverse weitere Geschäfte



Trotz anderslautender Beteuerungen fordern die anderen Parteien weiterhin die Unterzeichnung des inst. Rahmenabkommens

Bundesrat

Ständerat

Kommission des Nationalrates

Mehrheit

Minderheit (Hurni, Funicello, Jans, Nussbaumer, Ryser, Porchet, Python, Wettstein, Widmer Céline)

33^{ter}. Verabschiedung der Strategie zur Rüstungskontrolle und zur Abrüstung, Verabschiedung wirksamer Massnahmen gegen Waffen, deren Einsatz gegen die Genfer Konvention und namentlich deren Zusatzprotokoll 1 verstösst, und Erlass eines Ausfuhrverbots für Informations-, Kommunikations- und Überwachungstechnologien, die zur Repression oder für andere Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden sollen

Art. 13 Ziel 12: Die Schweiz verfügt über geregelte Beziehungen mit der EU

Zur Erreichung des Ziels 12 soll folgende Massnahme ergriffen werden:

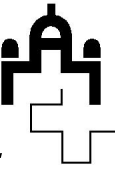
34. Verabschiedung der Botschaft zum institutionellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU

Art. 13

Mehrheit

Minderheit (Sollberger, Buffat, Geissbühler, Keller Peter, Müller Leo, Page, Strupler)

34. Verabschiedung einer Strategie zur Weiterentwicklung der Beziehungen mit der EU



alt Bundesrat Schneider-Ammann warnt vor Souveränitätsverlust

Das Rahmenabkommen und die Souveränitätsfrage

Bern will mit Brüssel drei Klarstellungen aushandeln und dann das Rahmenabkommen unterzeichnen. Damit wird das wichtigste Problem – der grösser werdende Souveränitätsverlust – nicht gelöst. Gastkommentar von Johann Niklaus Schneider-Ammann

Man darf davon ausgehen, dass am 27. September die Kündigungsinitiative abgelehnt wird. Das ist gut so, denn die Kündigung der Personenfreizügigkeit würde via Guillotineklausel unserem bewährten bilateralen Vertragswerk mit der EU grossen Schaden zufügen. Bis zu diesem Zeitpunkt ruhen die Gespräche über das provisorisch abgeschlossene Rahmenabkommen (InstA). Aber ab dem 28. September wird hüten und drüben wieder Druck gemacht, die Verhandlungen nun endlich abzuschliessen. In der Schweiz werden einige nach gewonnener Schlacht keinen Grund mehr sehen, das Abkommen nicht sofort zu unterzeichnen. Und die EU dürfte weiter Druck auf Bern ausüben und die Suche nach Dossiers wieder aufnehmen, mit denen sie die Schweiz bedrängen kann (Börsenäquivalenz, Corona-Tracing-App), solange der Vertragsentwurf vom November 2018 nicht unterzeichnet ist.

Gute Beziehungen

Zwar wird die EU vor dem Ende der Brexit-Verhandlungen kaum in der Laune für substanzielle Verhandlungen sein. Dennoch muss sich die Schweiz, ohne Zeitdruck, auf solche gut vorbereiten. In diesem Sinn scheint es mir wichtig, frühzeitig auf ein Problem hinzuweisen, über das bisher noch zu wenig diskutiert worden ist. Der Bundesrat hat zwar bereits im Juni 2019 drei Fragen identifiziert, bei denen «Klarstellungen» nötig seien: beim Lohnschutz, bei der Unionsbürgerrichtlinie und bei den staatlichen Beihilfen. Diese drei Fragen reichen aber längst nicht aus, so relevant – insbesondere die Lohnschutzmassnahmen – sie auch sind. In den (Nach-)Verhandlungen muss unbedingt auch die grundsätzliche Frage der staatlichen Souveränität angesprochen werden. Das in den bilateralen Verträgen gefundene Gleichgewicht zwischen staatlicher Souveränität und Binnenmarktzugang ist im Entwurf

des InstA (vom 23. November 2018) auf Kosten der Schweiz verloren gegangen.

Warum ist es überhaupt zu diesem unausgewogenen Entwurf des InstA gekommen, zumal unser Verhältnis mit der EU grundsätzlich gut und das bilaterale Vertragswerk im Interesse beider Partnerinnen ist? Der Personen- und der Warenverkehr zwischen der EU und der Schweiz ist im internationalen Vergleich eindrucksvoll und erst noch stark zugunsten der EU. Die EU tauscht mit der kleinen Schweiz dreimal so viele Waren aus wie beispielsweise mit dem grossen lateinamerikanischen Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay). Kein anderes europäisches Land, einschliesslich der EU-Mitgliedstaaten, ist in Europa demografisch und wirtschaftlich besser integriert als die Schweiz.

Unser Verhältnis mit Brüssel ist somit weitestgehend problemfrei, abgesehen von der Lohnschutzmassnahme der sogenannten Acht-Tage-Regelung, die angesichts der positiven Bilanz für die EU nicht wirklich wirtschaftshemmend sein kann und ausserhalb der nahen EU-Grenzregion niemandem echte Sorgen bereitet. Insbesondere im Vergleich mit den echten – internen und externen – Sorgen, die die EU zurzeit plagt. Trotzdem möchte die EU das bilaterale Vertragswerk auf eine neue Basis stellen, indem sie das institutionelle Set-up neu definiert. Ein Unterfangen, das gewiss legitim ist, das aber auch die Interessen des kleineren Partners berücksichtigen muss. Man kann ja in unserem Europa nicht einfach bestehende Verträge unilateral ändern oder deren Änderung mittels Nadelstichen oder Drohungen erwirken. Bern darf dies nicht akzeptieren.

Worum geht es der EU? Vereinfachend gesagt, will sie ihren Binnenmarkt schützen. Er sollte homogen sein; alle Teilnehmer sollten den gleichen Grundsätzen unterstellt sein. Deshalb soll-

ten die Marktzugangsabkommen mit der Schweiz einerseits grundsätzlich dynamisch an die Rechtsentwicklungen im EU-Acquis angepasst werden. Andererseits sollte es ein effizientes Streitbeilegungsverfahren geben. So weit, so gut.

In dem im November 2018 provisorisch ausgehandelten InstA-Entwurf wird aber das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Nicht nur soll die Schweiz die flankierenden Lohnschutzmassnahmen anpassen und die Unionsbürgerrichtlinie sowie die Regelungen zur staatlichen Beihilfe übernehmen, sondern es soll auch, erstens, in allen bestehenden und zukünftigen Marktzugangsabkommen der Grundsatz der dynamischen Rechtsübernahme gelten (d. h., die Schweiz muss zukünftiges Recht, das sie jetzt noch nicht kennt, übernehmen), zweitens soll die bestehende Guillotineklausel erweitert werden (d. h., bei einer Kündigung des InstA werden die Bilateralen I und alle neuen Marktzugangsabkommen gekündigt, womit die EU ein grosses Drohpotenzial erhält), und drittens soll im Streitbeilegungsverfahren das Schiedsgericht, sofern der EU-Acquis betroffen ist, den Europäischen Gerichtshof (EuGH) anfragen, dessen Urteile für das Schiedsgericht verbindlich sind (was wohl nicht gerade die Unabhängigkeit ist, die man sich von einem Schiedsgericht verspricht).

Diese Punkte – das dynamische Rechtensouveränitätspolitisch heikel. Selbstverständlich gibt es keine

Wir brauchen der EU nicht beizutreten und müssen auch nicht mit einem unausgewogenen InstA darauf vorbereitet werden.

absolute Souveränität, es sei denn, man lebe allein auf dem Mond. Unter Souveränität verstehe ich die Fähigkeit, innerhalb eines durch das Recht und die Sachzwänge vorgegebenen Rahmens die Geschichte selber zu bestimmen. Diesen Rahmen einzuschränken, ohne dafür ein Mehr an Mitsprache zu erhalten, finde ich staatspolitisch unklug. Natürlich mussten auch im bestehenden Vertragswerk souveränitätspolitisch relevante Kompromisse (Guillotine in den Bilateralen I) eingegangen werden. Die nun vorgesehenen institutionellen Anpassungen verändern aber den bilateralen Weg grundlegend. Aus opportunistischer Sicht mag man einwenden, wenn die EU diese Änderungen wolle, sei das zu akzeptieren. Wenn man dem Marktzugang eine viel grössere Bedeutung beimisst als Fragen der staatlichen Souveränität, mag dies aufgehen. Es besteht aber das Risiko, dass das Volk nicht von der Notwendigkeit eines derart einschneidenden Umbaus überzeugt werden kann. Ein Volks-Nein würde nie-

mandem nützen – auch der EU nicht. Sie und die Schweiz würden verlieren – der «Trost» für Brüssel, dass die Schweiz mehr verlore als die EU, hilft dieser auch nicht weiter.

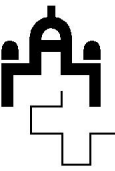
Konkrete Vorschläge

Was ist zu tun? Auf die wichtigen Anliegen Brüssels soll man – wie das der Bundesrat gemacht hat – eingehen, ohne die Schweizer Interessen zu vergessen.

Erstens: Dem berechtigten Anliegen Brüssels bezüglich der Bewahrung der Binnenmarkt-Homogenität ist Rechnung zu tragen. Deshalb dürfte der Grundsatz der Dynamisierung der fünf binnenmarktrelevanten Abkommen unvermeidlich sein. Eine derartige Veränderung des Status quo stellt allerdings eine grosse Konzession der Schweiz dar, die durch eine Art Opt-out-Regelung in sozialpolitisch besonders heiklen Bereichen abgefedert werden muss, eben zum Beispiel zum Schutz gegen ein zufälliges Lohndumping. Ein solcher Schutz stellt weder die grundsätzlichen Interessen der EU infrage, noch stellt er angesichts der Spezifität irgendeine Bedrohung dar. – Zweitens: Eine effiziente Streitbeilegung ist wünschenswert, aber eine faktische Unterstellung des Schiedsgerichts unter den EuGH geht zu weit. – Drittens: Die Erweiterung der Guillotineklausel im neuen Vertragssystem, das ohnehin schon neue Sanktionsmöglichkeiten – in der Form von sogenannten Ausgleichsmassnahmen – vorsieht, ist ungerechtfertigt. Ein solches Drohinstrument ist für die EU unnötig und der Schweiz unwürdig.

Die Schweiz sollte somit der EU nicht bloss Präzisierungen in Bezug auf die im Juni 2019 identifizierten drei Fragen unterbreiten, sondern insbesondere Lösungen für die heiklen souveränitätspolitischen Probleme vorschlagen. Dazu gibt es schon längst detaillierte Ideen. Sollte es nicht möglich sein, die nötigen Kompromisse innert vernünftiger Frist zu finden, könnten die beiden Parteien ein Interimsabkommen anstreben. Darin würde die Schweiz ihren Willen bekräftigen, die EU mit einem grosszügigen Beitrag zur Kohäsion zu unterstützen, und Bern und Brüssel würden im Rahmen des Courant normal das Aufdatieren der Verträge weiterführen. Dies, bis es gelingt, ein Rahmenabkommen auszuhandeln, das den berechtigten Anliegen beider Seiten Rechnung trägt: Dynamisierung der Rechtsübernahme (mit Opt-out-Möglichkeiten in vitalen Bereichen) einerseits, faires Streitbeilegungsverfahren und Verzicht auf unnötige Drohinstrumente andererseits. Zusammenfassend heisst das: Die Schweiz ist kein Übernahmekandidat. Wir sind wissenschaftlich und wirtschaftlich fit und haben dank guter Beziehungen zwischen den Sozialpartnern einen gesellschaftlichen Frieden. Wir brauchen der EU nicht beizutreten und müssen auch nicht mit einem unausgewogenen InstA darauf vorbereitet werden.

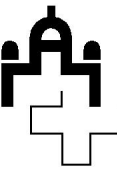
Johann Niklaus Schneider-Ammann war von 2010 bis 2018 Bundesrat und Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung.



Das institutionelle Rahmenabkommen würde die Schweiz zu einem EU-Mitglied ohne Mitspracherecht machen

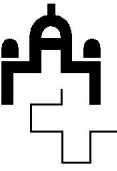
- 1) Das InstA missachtet die Unabhängigkeit des Landes, die Rechte des Schweizer Volkes, die Neutralität und den Föderalismus. In Konsequenz gefährdet es die Schweizer Wohlfahrt.
- 2) Mit dem Rahmenabkommen würden **zentrale Politikbereiche zukünftig direkt durch Brüssel diktiert** (Art. 2 InstA „Geltungsbereich“). Unsere **Wirtschaftspolitik, Verkehrspolitik** (Land- und Luftverkehr), **Landwirtschaftspolitik**, Regelung der **Zuwanderung, Arbeitsmarktregulierung**, sowie der **Zugang zu unseren Sozialversicherungen** würden neu von der EU bestimmt.
- 3) Bei bilateralen Abkommen, die die Schweiz mit anderen Staaten abschliesst, gilt der von beiden Seiten unterzeichnete Vertragstext. **Staatsverträge auf Augenhöhe**, welche im gegenseitigen Interesse abschlossen werden, **unterstützt die SVP**. Das Rahmenabkommen beendet diesen Weg, da neu **die Schweiz verpflichtet würde, zukünftiges EU-Recht zwingend zu übernehmen** (Art. 5 InstA „Integration von Rechtsakten“). **Die EU würde damit in wesentlichen Bereichen zum neuen Gesetzgeber für die Schweiz** – anstelle des Schweizer Volkes und der Stände für die Verfassung resp. des Volkes und des Parlaments für Bundesgesetze.
- 4) Das Rahmenabkommen bestimmt, dass **der EU-Gerichtshof bei Streitigkeiten entscheidet** (Art. 4 InstA „Grundsatz der einheitlichen Auslegung“). Wörtlich ist festgehalten: „*Das Urteil des EU-Gerichtshofs ist für das Schiedsgericht verbindlich.*“ (Art. 10 Ziff. 3 InstA). Das Schiedsgericht dient dazu, die Abhängigkeit vom EU-Gerichtshof zu verschleiern. Professor Baudenbacher folgert: „*[Dem Schiedsgericht] kommt in praktisch allen Fällen kein Ermessen zu. Damit unterwirft sich die Schweiz dem Gericht der Gegenpartei, dem die Unparteilichkeit fehlt.*“
- 5) Das Rahmenabkommen führt zu einer **massiven Verschlechterung der Rechtssicherheit**. Heute kann die Schweiz, wo sinnvoll, freiwillig EU-Regeln übernehmen. In Zukunft **wäre die Schweiz verpflichtet, alle von der EU vorgeschriebenen Regeln zu übernehmen**. Die SVP vertraut auf den bewährten schweizerischen Rechtssetzungsprozess. Das Schweizer Volk, die Stände und das Schweizer Parlament sind Garant für den Erhalt unserer guten Rahmenbedingungen und unserer starken Wirtschaftskraft.
- 6) Sollten es das Schweizer Volk oder das Parlament wagen, die Übernahme einer EU-Bestimmung zu verweigern, sieht der Vertrag „Ausgleichsmassnahmen bis hin zur teilweisen oder vollständigen Suspendierung der betroffenen Abkommen“ vor (Art. 10 InstA). **Die Schweiz würde somit die EU ermächtigen, Strafmassnahmen gegen die Schweiz zu erlassen, wenn das Schweizer Volk oder das Parlament EU-Recht ablehnen sollte.**
- 7) Die **eigenständige Steuerung der Zuwanderung** (vom Volk am 9. Februar 2014 angenommen), die **Ausschaffung krimineller EU-Ausländer** (vom Volk am 28. November 2010 angenommen) und die **Beschränkung des Zugangs zu unseren Sozialversicherungen** würden durch das Rahmenabkommen **verunmöglicht**.
- 8) Die Schweiz müsste neu **jährlich hunderte von Millionen Franken an die EU** leisten („Gemeinsame Erklärung EU-Schweiz zur Kohäsion“, S. 34 InstA).
- 9) Die **Super-Guillotine** sieht vor, dass mit der Kündigung des Rahmenabkommens nach sechs Monaten **alle bisherigen und zukünftigen EU-Marktzugangsabkommen automatisch dahinfallen** würden (Art. 22 InstA).
- 10) Das Rahmenabkommen hält fest, dass die **EU-Beihilferegeln neu auch für das Schweiz-EU Freihandelsabkommen von 1972 gelten** (Präambel und S. 35 InstA). Dies bedeutet, dass die **Kantone ihre Souveränität verlieren**, und dass **die EU fortan jederzeit in die kantonale Steuer- und Wettbewerbspolitik eingreifen kann**.

Die Schweiz hat ihre **bewährte Wirtschaftspolitik fortzusetzen**, mit allen Ländern der Welt **Beziehungen in gegenseitigem Interesse** zu pflegen und sich mit einem **Revitalisierungsprogramm** für allfällige Gegenmassnahmen der EU bei Ablehnung des Rahmenabkommens zu wappnen.



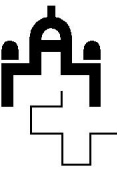
Klimawahnsinn: Trotz Krise soll alles noch teurer werden

- Das teure CO₂-Gesetz wurde von beiden Räten und gegen den alleinigen Widerstand der SVP verabschiedet.
- Konkret haben die Linken und Grünen aller Parteien einen Benzinzuschlag von 12 Rappen pro Liter beschlossen. Tatsächlich bedeutet dies aber eine Benzinpreiserhöhung von 20 Rappen pro Liter. Denn hinzu kommen 4 Rappen Steuererlass für Biotreibstoff sowie die bereits früher beschlossenen 4 Rappen für den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF).
- Doch das ist noch nicht alles: Ab 2023 sollen die CO₂-Grenzwerte von Heizungen so tief angesetzt werden, dass dies faktisch einem Verbot von neuen Ölheizungen gleichkommt. Die Erhöhung der Lenkungsabgabe verteuert den Liter Heizöl um 27 Rappen und führt für einen durchschnittlichen Haushalt zu jährlichen Mehrkosten von mehreren hundert Franken.
- Hinzu kommt eine unsoziale Ticketabgabe von – je nach Flugstrecke – 30 bis 120 Franken. Für die SVP ist deshalb klar, dass die Stimmbevölkerung beim CO₂-Gesetz das letzte Wort haben muss und unterstützt das Referendum.



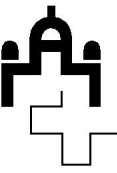
Ständerat weicht Stellenmeldepflicht auf

- Das Parlament hat sich geweigert, die durch Volk und Stände angenommene Masseneinwanderungsinitiative von 2014 auf Gesetzesebene mittels Höchstzahlen und Kontingenten umzusetzen. Stattdessen wurde lediglich eine Stellenmeldepflicht eingeführt. So müssen freie Stellen zuerst dem RAV gemeldet werden, bevor sie ausgeschrieben und neue Zuwanderer eingestellt werden dürfen.
- Nun hat der Ständerat diese praktische Nichtumsetzung zugunsten der Hoteliers und Tourismusorte noch weiter aufgeweicht. Wenn der Unterbruch zwischen den früheren und der erneuten Anstellung derselben Person nicht länger als 12 Monate gedauert hat, soll auf die Stellenmeldung verzichtet werden dürfen.



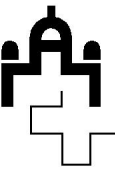
Parlament will mehr Flüchtlinge von Griechenland übernehmen

- Die Schweiz weist bereits einen enorm hohen Ausländeranteil auf und nimmt jedes Jahr zehntausende Flüchtlinge und Wirtschaftsmigranten auf.
- Trotzdem will eine Parlamentsmehrheit nun noch direkt Flüchtlinge aus Griechenland übernehmen. Nach dem Nationalrat nahm nun auch der Ständerat eine Motion an, die zusätzlich fordert, dass die Schweiz sich an einem europäischen Verteilmechanismus für Migranten beteiligt (20.3143).
- Die SVP reichte ihrerseits eine Motion ein, welche die Aufnahme aus beschädigten oder zerstörten Lagern verbietet (20.4064). Wer mutmasslich Feuer legt, soll nicht noch dafür belohnt werden.



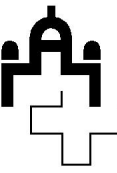
Ausschaffungen nicht den Auslegungen europäischer Richter unterwerfen

- Versteckt in einer Schengen-Weiterentwicklung (20.025) wollte der Bundesrat die Ausschaffung krimineller Ausländer freiwillig dem EU-Recht unterstellen. Damit hätte die EU bzw. deren Gerichtshof künftig entschieden, ob eine ausgesprochene Landesverweisung effektiv vollzogen werden darf.
- Die SVP stemmte sich dagegen und konnte wohl erstmalig erreichen, dass der Nationalrat eine Schengen-Vorlage ablehnte. Die SVP fordert vom Bundesrat, dass er im Ständerat eine Anpassung der Vorlage unterstützt und auf die Unterstellung unter das EU-Recht verzichtet.



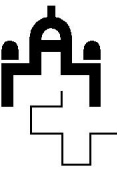
Covid-19-Gesetz: SVP hilft den «vergessenen Branchen» in der Covid-19-Krise

- Die einschneidenden Massnahmen des Bundes gegen Covid-19 haben dafür sorgt, dass viele Unternehmen in Schwierigkeiten geraten sind; auch solche, die in der Vergangenheit gut gewirtschaftet haben.
- Die Linke wollte dies zum Anlass nehmen, ein umfassendes, mit Steuergeldern finanziertes Staatsprogramm zu schaffen. Doch die SVP hat massgeblich den überparteilichen Kompromiss (20.058) mitgeprägt, dass Selbständigen bis am 30. Juni 2021 gezielt geholfen werden kann. Das betrifft insbesondere auch die bisher «vergessenen Branchen» wie Schausteller oder die Reisebranche. Anspruch hat, wer weniger als 55% des Umsatzes der vergangenen Jahre erwirtschaftet. Sollten nach Auslaufen der Hilfe weiterhin Probleme bestehen, können Härtefälle weiterhin unterstützt werden, wenn sich auch die Kantone beteiligen.



Schädliche Landwirtschaftsinitiative zur Ablehnung empfohlen

- Die beiden Initiativen verfolgen auf unterschiedlichen Wegen das gleiche Ziel:
 - Die Pestizidinitiative (19.025) fordert ein komplettes Verbot synthetischer Pestizide.
 - Die Trinkwasser-Initiative (18.096) setzt beim Geld an. Sie verlangt, dass nur noch jene Bauern Subventionen erhalten, die auf den Einsatz von Pestiziden, Antibiotika und zugekauftes Futter verzichten.
- Die Folge beider Initiativen wären Ernteaufschläge und steigende Preise. Mehr Lebensmittel müssten aus dem Ausland importiert werden. Dank der SVP empfiehlt das Parlament dem Volk die Ablehnung der beiden Initiativen.



Roadpricing durch die Hintertür

- Gegen die Einführung einer elektronischen Autobahnvignette allein, wie sie nun beide Kammern beschlossen haben, würde eigentlich nichts sprechen. Doch die Koppelung einer Strassenbenützungsgebühr an ein Nummernschild schafft die Voraussetzungen dafür, dass bald nicht nur Autobahnen, sondern auch andere Strassengebühren automatisiert erhoben werden können.
- Es droht ein Road Pricing, bei dem die Autofahrer einmal mehr zu Kasse gebeten werden, wenn sie gewisse Strassenabschnitte zu gewissen Zeiten passieren oder einfach grundsätzlich mehr Steuern entrichten müssen, um die Attraktivität des öV künstlich zu erhöhen.

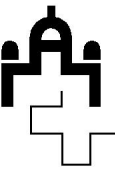


Mehr als 40 Milliarden Franken für Entwicklungszusammenarbeit, Bildung, Forschung, Innovation und Kultur

Parlament bewilligt über 11 Milliarden für Entwicklungshilfe: Das Parlament hat die strategische Ausrichtung der Internationalen Zusammenarbeit (IZA) 2021-2024 und den dazugehörigen Rahmenkredit von maximal knapp 11,3 Milliarden Franken verabschiedet. Kürzungsanträge der SVP waren chancenlos. Eine Mehrheit hatte verlangt, dass die jährlichen Ausgaben an die wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz und den Abbau der Covid-19-bedingten Schulden gekoppelt werden.

20.028 Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2021-2024: Ja, Bildung ist wohl die wichtigste Ressource der Schweiz. Dennoch bedeutet mehr Geld nicht zwingend bessere Ausbildungsmöglichkeiten. Über 28 Milliarden Franken will die Bundesversammlung in den nächsten vier Jahren für Bildung und Forschung bereitstellen, 188 Millionen Franken mehr als der Bundesrat. Das sind über 2 Milliarden mehr als in den vergangenen vier Jahren. Teilweise erhalten einzelne Institutionen bis zu 10% mehr.

Parlament stockt Kulturförderung weiter auf: Rund eine Milliarde Franken wollen National- und Ständerat für die Kulturförderung bis 2024 ausgeben. Trotz Krise wollen alle Parteien mit Ausnahme der SVP die Kulturförderung weiter ausbauen und sprachen teilweise mehr Geld als vom Bundesrat veranschlagt. Immerhin wurde die Bundesmillion für die Stadt Bern nun endlich gestrichen. Die Bundesstadt hatte in Vergangenheit von der Eidgenossenschaft Geld für die Finanzierung eines kulturellen Angebots erhalten. Doch solange die Stadt Bern die Reithalle mit ihren linken Chaoten als Kulturinstitution ansieht und finanziell unterstützt, kann der Bund nicht mit gutem Gewissen Geld sprechen.



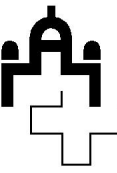
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (1/12): Wirtschafts- und Finanzpolitik

**Corona-Kredite
von 770 Mio. CHF
(Voranschlag
2020. Nachtrag II)**

**Nationalrat will
elektronische
Steuerverfahren**

**Nationalrat lehnt
99-Prozent-
Initiative ohne
Gegenentwurf ab**

- Die Nachtragskredite für die Bewältigung der Corona-Krise (20.042) waren im Parlament unbestritten. So etwa die 288,5 Millionen Franken, welche für die Corona-Tests aufgewendet werden. Ein weiterer grosser Posten sind die 221,3 Millionen Franken für eine zusätzliche Einlage in den Bahninfrastrukturfonds. Zudem stimmte das Parlament einem Verpflichtungskredit von 5,82 Millionen Franken für die Lagerhaltung von 6'000 Tonnen Ethanol zu. Anlass für Diskussionen gaben nur die Kredite für die Kultur und die Flugsicherung Skyguide. Die SVP wollte die 34 Millionen Franken für die Kultur streichen – ohne Erfolg. Zudem wollte die SVP die Finanzhilfe für Skyguide in Höhe von 150 Millionen Franken an Bedingungen knüpfen.
- Die Kantone sollen neben der Steuererklärung auf Papier auch rein elektronische Steuerverfahren anbieten müssen (20.051). Das verlangt der Nationalrat. Die SVP war mehrheitlich dagegen. Sie befürchtete unter anderem Probleme wegen der Datensicherheit und einen Eingriff in die Hoheit der Kantone.
- Die Initiative der JungsozialistInnen trägt offiziell den Titel «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» (20.032). Sie verlangt, dass Kapitaleinkommen, das einen bestimmten Betrag übersteigt, im Umfang von 150 Prozent besteuert wird. Für die SVP will die Initiative ein Problem lösen, das gar nicht existiert. Im internationalen Vergleich sind Einkommen aufgrund von Steuern und Transferleistungen in der Schweiz gleichmässig verteilt. Das Umverteilungsvolumen ist heute bereits bedeutend. Zu dieser Umverteilung gehören namentlich Sozialtransfers wie die AHV oder Prämienverbilligungen sowie die progressiv ausgestalteten Einkommens- und Vermögenssteuern.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (2/12): Wirtschafts- und Finanzpolitik

**Linke Lohnpolizei
vorerst
abgewehrt**

- SP, Grüne und GLP befürworteten mehrere extreme Vorstösse (19.444, 19.452, 19.452, 18.323), die Unternehmen auf schwarze Listen setzen oder mit Busse bestrafen wollten, wenn sie Frauen und Männern unterschiedliche Löhne zahlen. Glücklicherweise spannten die Bürgerlichen für einmal wieder zusammen und lehnten die Initiativen allesamt ab.

**Ja zu rund 460
Mio. Fr. für
Bundesbauten**

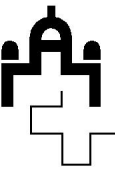
- Der Ständerat hat am Donnerstag einstimmig einem Kredit von 458,2 Millionen Franken für Bundesbauten zugestimmt (20.050). Der grösste Teil des Geldes wird für die zweite Bauetappe des neuen Verwaltungszentrums am Guisanplatz in Bern verwendet. Der zweitgrösste Betrag, 153,2 Millionen Franken, sind für die Erstausrüstung des Agroscope-Laborneubaus in Posieux im Kanton Freiburg vorgesehen.

**Backwaren
besser
deklarieren**

- Jedes Jahr schliessen unzählige Bäckereien. Gleichzeitig nimmt der Import von ausländischen Backwaren enorm zu. Oftmals merken Kunden gar nicht, dass sie ausländisches Brot kaufen. Der Ständerat will vom Bundesrat nun einen Vorschlag (20.3910), um die Herkunft von Brot und Backwaren besser zu deklarieren.

**Abschaffung der
Industriezölle**

- Der Bundesrat will die Industriezölle abschaffen (19.076), um die Wirtschaft zu entlasten. Der Vorschlag ist umstritten. Der Nationalrat hatte den Schritt im Juni abgelehnt. Der Ständerat jedoch ist auf die Vorlage eingetreten – gegen den Willen seiner vorberatenden Kommission.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (3/12): Ausländer-/Migrationspolitik und Aussenpolitik

**Nationalrat will
Ausschaffungs-
haft erst ab 18
Jahren**

- Linksgrün setzte sich mit Unterstützung einzelner Bürgerlicher für die Abschaffung der Ausschaffungshaft von Minderjährigen ein (18.321). Heute ist diese unter gewissen Umständen bereits ab 15 Jahren erlaubt. Es braucht wohl keinen Hellseher, um vorauszusehen, dass abzuweisende sich Ausländer mit nicht belegbarer Identität künftig immer als Minderjährige ausgeben werden.

**Kapitalerhö-
hungen bei
Entwicklungs-
banken**

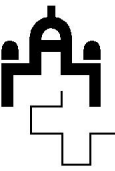
- Das Parlament hat 297 Millionen Franken für die Beteiligung der Schweiz an Kapitalerhöhungen der Weltbankgruppe und der Afrikanischen Entwicklungsbank gutgeheissen (20.024). Die SVP wehrte sich vergeblich dagegen, konnte aber immerhin einbringen, dass sich die Schweiz für die Schaffung von dauerhaften Arbeitsplätzen in unterentwickelten Regionen einsetzen soll. Auf diese Weise soll das Geld immerhin zur Eindämmung der Migration eingesetzt werden.

**Bürgschaft für
Internationalen
Währungsfonds**

- Der Nationalrat ist damit einverstanden, den Internationalen Währungsfonds (IWF) auch in der Corona-Krise zu unterstützen (20.043). Konkret hat der Nationalrat einen Verpflichtungskredit von 800 Millionen Franken bewilligt. Die SVP-Fraktion stellte den Antrag, nicht auf das Geschäft einzutreten, blieb aber chancenlos.

**UK: Nach-Brexit-
Abkommen**

- Britinnen und Briten in der Schweiz und Schweizerinnen und Schweizer in Grossbritannien sollen nach dem Brexit ihre Rechte behalten können (19.069). Beide Kammern haben in der Schlussabstimmung einen entsprechenden Staatsvertrag genehmigt.



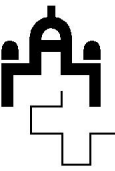
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (4/12): Staatspolitik

**Papiertiger statt
Verbesserung
des
Datenschutzes**

**Nationalrat lehnt
Gegenvorschlag
zur Pseudo-
Transparenz-
initiative ab**

**Verschärfte
Einreiseregeln im
Schengen-Raum**

- Nach einer dreijährigen Debatte hat das Parlament die Modernisierung des Datenschutzgesetzes abgeschlossen (17.059). Die SVP war von Anfang an gegen den Papiertiger aus Brüsseler und Berner Amtsstuben. Das neue Gesetz wird zwar EU-konform sein, aber insbesondere für KMU einen enormen bürokratischen Mehraufwand bringen, ohne dass das Datenschutzniveau für Kunden und Bürger erhöht wird. Die einzigen, die sich freuen dürfen, sind die Juristen.
- Eine unheilige Allianz aus SVP und linken Parteien lehnte den Gegenvorschlag zur Transparenzinitiative ab (19.400). Die Linken wollten ein noch komplizierteres Regelwerk. Die SVP hingegen will grundsätzlich keinen Gegenvorschlag, da dieser gleich wie die Volksinitiative nur zu einer bürokratischen Übung führen, aber die Geldströme in der Politik nicht wirklich offenlegen würde. Zudem ist nach Ansicht der SVP wichtig, dass keine staatliche Parteienfinanzierung eingeführt wird, nur weil plötzlich niemand mehr bereit ist, für Kampagnen zu spenden, wenn die Spender veröffentlicht werden.
- Die EU erweitert die Möglichkeiten für präventive Kontrollen bei der Einreise in den Schengen-Raum (20.027). Das Parlament ist einverstanden damit, dass die Schweiz nachzieht. Vorgesehen ist die Einführung eines automatisierten Systems, mit dem Risiken bei der Einreise von nicht visumpflichtigen Drittstaatsangehörigen in den Schengen-Raum ermittelt werden können. Dafür müssen diese Personen vor Antritt ihrer Reise online eine gebührenpflichtige Reisegenehmigung beantragen.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (5/12): Staatspolitik

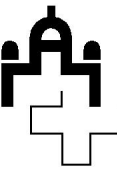
**Parlamentarier
halten an ihren
Privilegien fest**

**Knappe Mehrheit
im Nationalrat für
Stimmrechtsalter
16**

**Keine
Frauenquoten für
Wahllisten**

**Mehr Mitsprache
bei
Staatsverträgen**

- Nicht wiedergewählte und zurückgetretene Parlamentsmitglieder sollen weiterhin eine Überbrückungshilfe beantragen können, obwohl sie bereits Arbeitslosengeld erhalten. Der Nationalrat lehnte eine Parlamentarische Initiative der heutigen SVP-Regierungsrätin Natalie Rickli definitiv ab, die dieses Privileg abschaffen wollte (16.460).
- Mit 98 zu 85 Stimmen will der Nationalrat das aktive Stimmrecht auf 16 Jahre senken (19.415). Will heissen: 16-Jährige könnten an den Nationalratswahlen teilnehmen, aber selber nicht kandidieren. Die SVP lehnte die Initiative ab und ist überzeugt, dass zu Rechten auch Pflichten gehören wie Steuernzahlen und das Mündigkeitsalter generell mit 18 beginnen soll. Man darf gespannt bleiben, ob der Ständerat die Initiative kippt.
- Zwei Initiativen aus dem grünen Lager (19.440, 19.460) wollten eine extreme Frauenförderung im Wahlgesetz verankern. So hätten auf den Wahllisten die Geschlechter immer gleichmässig verteilt sein müssen bzw. Fraktionen im Parlament hätten nur noch Entschädigungen erhalten, wenn ihre Vertretungen eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter aufweisen. Dumm nur, dass bei diesen Vorschlägen reine Frauenlisten auch nicht mehr möglich wären und auch keine Fraktionen einer reinen Frauenpartei. Der Nationalrat lehnte beide Initiativen ab, allerdings nicht so deutlich wie erwartet.
- Völkerrechtliche Verträge, die einer Verfassungsänderung gleichkommen, sollen immer dem obligatorischen Referendum unterstehen und damit dem Volk unterbreitet werden müssen (20.016). Der Ständerat ist einverstanden damit, diese Regel ausdrücklich in der Bundesverfassung zu verankern.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (6/12): Sicherheitspolitik

**Verschärftes
Terrorismus-
Strafrecht &
präventive
Massnahmen
gegen Gefährder**

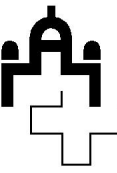
- Im Kampf gegen den Terrorismus wird das Strafrecht verschärft (18.071). Das Anwerben, die Ausbildung und Reisen im Hinblick auf einen Terrorakt werden unter Strafe gestellt. Die Beteiligung an einer terroristischen Organisation wird auf die gleiche Stufe gestellt wie die Beteiligung an einer kriminellen Organisation, die Höchststrafe beträgt in beiden Fällen nun zehn Jahre.
- Meldepflicht, Rayon- und Ausreiseverbot, Hausarrest: Beide Kammern haben in der Schlussabstimmung präventive Massnahmen (19.032) beschlossen, mit welchen die Polizei terroristische Gefährder künftig besser in Schach halten kann. Die Linke inkl. GLP stellte sich dagegen und zeigte wieder einmal, dass ihnen der Täterschutz wichtiger ist als die Sicherheit von Land und Leuten.

**Investitions-
planung der
Armee**

- Investitionen von 21,1 Milliarden Franken können 2021 bis 2024 für die Armee eingeplant werden (20.031). Das Parlament bewilligte den Zahlungsrahmen dafür. Zusätzlich hiess es für Rüstungsgüter, den Kauf von Material und für Immobilien insgesamt 2,7 Milliarden Franken gut. Der vom Bundesrat beantragte Zahlungsrahmen für die Armee für die nächsten vier Jahre sieht ein reales Wachstum des Armeebudgets von 1,4 Prozent pro Jahr vor. Darüber soll auch der Kauf der neuen Kampfflugzeuge finanziert werden.

**Schweizer
Landesversor-
gung in Krisen**

- Der Ständerat stimmte einer Motion der SVP-Fraktion (20.3906) zu und beauftragt den Bundesrat, eine Vorlage zu unterbreiten, um die Schweizer Landesversorgung in sehr grossen Krisen sicher-zustellen. Hierzu sollen lebenswichtige Güter zur Aufrechterhaltung der Schweizer Volkswirtschaft und Landesversorgung in der Schweiz hergestellt werden müssen.



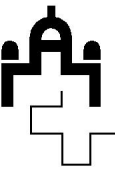
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (7/12): Rechtsfragen

**Parlament
streicht Rente für
Lebenspartner**

**Geschlechter-
wahl nach Lust
und Laune**

**Strengere Regeln
für Anwälte**

- Das fast hundertjährige Erbrecht wird modernisiert (18.069). Nach dem Ständerat hat sich auch der Nationalrat dafür ausgesprochen. Lebenspartnerinnen und -partner erhalten jedoch keinen Anspruch auf Unterstützung. Erblasser können aber künftig über einen grösseren Teil des Nachlasses frei verfügen. Der Pflichtteil für die Nachkommen wird verkleinert. Grundsätzlich gegen die Reform wehrte sich einzig die SVP-Fraktion.
- Künftig soll jede und jeder auf dem Zivilstandsamt sein Geschlecht und den Vornamen ändern können und zwar ohne Hormontherapie oder operative Veränderungen (19.081). Nach dem Ständerat stimmte auch der Nationalrat dieser sehr zweifelhaften Vereinfachung zu. Die SVP beantragte Nichteintreten, was der Rat aber deutlich ablehnte. Letztlich geht es den Befürwortern um die Aufhebung der Geschlechter respektive die Öffnung der Tür für ein drittes Geschlecht.
- Der Ständerat hat entgegen Nationalrat und SVP dem angepassten Gesetz gegen Geldwäscherei zugestimmt (19.044). Der Bundesrat wollte damit auf internationalen Druck hin unter anderem Anwältinnen und Anwälte an strengere Sorgfaltspflichten binden. Doch genau diese Verschärfung hat der Ständerat gestrichen.



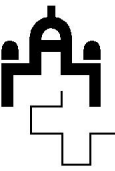
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (8/12): Sozial-, Gesundheits- und Ausländerpolitik

14 Mia. Fr. in Arbeitslosenkasse eingeschossen

Abrechnungsfreiheit von Pflegenden

Längerer Urlaub für Mütter kranker Babys

- Die Kurzarbeit aufgrund der Covid-19-Krise hat ein Loch in die Kasse der Arbeitslosenversicherung gerissen. Damit die Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern kurzfristig nicht erhöht werden müssen, hat das Parlament bewilligt, dass 14,2 Milliarden aus der Bundeskasse eingeschossen werden (20.057).
- Die Räte sind sich noch nicht einig bei der Frage, ob für Pflegende, die selbständig abrechnen wollen, eine Vertragspflicht gelten soll oder nicht. Die FDP und die SVP befürchten Mehrkosten. Je mehr Leistungserbringer vorhanden sind und je mehr Leute abrechnen könnten, umso höher sind die Kosten. Die SVP unterstütze daher die Version, welche der Ständerat in der Sommersession eingebracht hatte. Dieser knüpfte die erweiterten Bedingungen an eine zusätzliche Bedingung: Von der Möglichkeit profitieren sollen nur jene Pflegefachpersonen, Spitexorganisationen und Pflegeheime, die mit den Krankenversicherern vorgängig eine Vereinbarung abgeschlossen haben. Doch die Mehrheit des Nationalrats lehne eine solche Vereinbarungspflicht ab und so geht das Geschäft zurück an den Ständerat (19.401).
- Wenn ein krankes Baby nach der Geburt länger im Spital bleiben muss, soll die Mutter länger Mutterschaftsurlaub machen können (18.092). Dieser Meinung ist nach dem Ständerat auch der Nationalrat. Es verbleiben aber zwei Differenzen. Die SVP beantragte Nichteintreten auf die Vorlage, da es einen Leistungsausbau und Mehrkosten zulasten der Erwerbsersatzordnung verursacht. Den betroffenen Frauen kann zugemutet werden, sich eigenverantwortlich zu organisieren. Das Gesetz kann nicht sämtliche Härtefälle verhindern.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (9/12): Sozial-, Gesundheits- und Ausländerpolitik

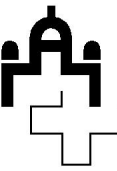
**Quasi-
Legalisierung
von Cannabis
verabschiedet**

**14 Tage
Adoptionsurlaub**

**Einführung des
„Nutri-Score“**

**Ständerat stimmt
gegen
Frühförderung im
Vorschulalter**

- In der Schweiz sollen Pilotstudien zur kontrollierten Cannabis-Abgabe durchgeführt werden können (19.021). Einig sind sich die Räte nun auch, dass für die Versuche wenn möglich Schweizer Bio-Cannabisprodukte verwendet werden sollen. Nebst der geschlossenen SVP lehnte nur die Hälfte der Mitte-Fraktion und vereinzelte FDP-Ratsmitglieder die quasi-Legalisierung von Cannabis ab.
- Künftig soll es auch für Eltern, die ein Kind adoptieren, während maximal 14 Tagen Erwerbsersatz geben. SVP und FDP appellierten vergeblich, nun in Krisenzeiten nicht noch ein neues Sozialwerk zu schaffen (13.478).
- Der Bundesrat muss wegen einer Zufallsmehrheit im Nationalrat nun einen ausführlichen Bericht erarbeiten (20.3913). Darin soll er berichten, wie die Nährwerttabellen oder Ampelsysteme auf Nahrungsmitteln angepasst werden können, um die Ernährungsgewohnheiten der Schweizer vermeintlich zu verbessern.
- Nach dem Willen des Ständerats und der SVP soll der Bund die Kantone bei der Frühförderung von Kindern nicht finanziell unterstützen. Eine entsprechende Gesetzesänderung und die dazugehörige Finanzierung wurde vorerst abgelehnt. Die Vorlage geht nun zurück an den Nationalrat. Das Gesetz hätte verlangt, dass Kinder in der Schweiz bei Bedarf schon vor dem Eintritt in den Kindergarten gezielt gefördert werden können. Die geltende Altersgrenze für die Kinder- und Jugendförderung wäre auf den Zeitpunkt der Geburt gesenkt worden.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (10/12): Bildungs- und Kulturpolitik

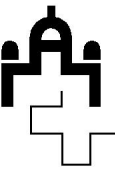
**Parlament
beschliesst
Auflagen für
Streamingdienste**

**Bund soll auch
staatliche Kitas
unterstützen**

**6 Milliarden für
Forschungs-
kooperation**

**Loslösung von
EU-Bildungs-
programmen**

- Der Nationalrat will ausländische Streamingdienste und Fernsehsender zur Kasse bitten (20.030). Sie sollen ein Prozent ihrer Einnahmen in der Schweiz in das Schweizer Filmschaffen investieren. Zudem sollen die Anbieter verpflichtet werden, 30 Prozent ihres Filmkatalogs mit europäischen Filmen zu besetzen. Die SVP wehrte sich vergeblich dagegen, dass der Staat den Bürgern vorschreiben soll, welche Art von Fernsehunterhaltung sie konsumieren sollen.
- Der Nationalrat stimmte einer Motion (20.3917) zu, die verlangt, dass im Rahmen der Covid-19-Hilfspakete nicht nur private Kindertagesstätten eine Ausfallentschädigung erhalten, sondern auch Institutionen der öffentlichen Hand. Die SVP wehrte sich vergeblich, dass der Bund nun auch zum Götti von Kantonen und Gemeinden wird.
- Die Schweiz soll bei der nächsten Generation des EU-Forschungsprogrammes Horizon dabei sein können. Der Ständerat hat die dafür notwendigen Gelder in Höhe von 6,15 Mia. Fr. gesprochen (20.052). Die SVP-Fraktion wollte die Vorlage zurückweisen – leider ohne Erfolg. Denn es kann nicht sein, dass wir uns mit einem derart hohen Geldbetrag an einem EU-Projekt beteiligen, solange nicht klar ist, wie das Programm ausgestaltet wird und wie es in den Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU weitergeht.
- Internationale Austauschprogramme für Studierende, Schüler und Berufsleute sollen nicht mehr so stark wie bisher auf die EU fokussiert sein. Denn mit dem Austritt Grossbritanniens befinden sich die besten Universitäten Europas definitiv nicht mehr in der EU. Neu sollen neben internationalen Förderprogrammen gleichwertig auch Schweizer Programme umgesetzt werden können.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (11/12): Verkehr, Infrastruktur, Medien und Umwelt

**Aufstockung der
Hilfe für den
öffentlichen
Verkehr**

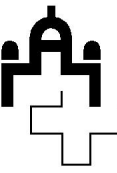
- Während des Lockdowns im Frühjahr gingen die Passagierzahlen in Zügen, Bussen und Trams um bis zu 80 Prozent zurück. Das führte dazu, dass viele öV-Unternehmen im laufen-den Jahr Verluste einfahren. Das rund zunächst 700 Millionen Franken umfassende Hilfspaket ist mit den Aufstockungen des Parlaments auf rund 900 Millionen Franken angewachsen. Für die Hilfe im Ortsverkehr war der Bund in der Vernehmlassung von 100 Millionen Franken aus-gegangen. Beim touristischen Verkehr dürfte die Hilfe 50 bis 100 Millionen Franken kosten. Die SVP wehrte sich vergeblich mit dem Argument, dass die Kantone und Gemeinden als Besteller des regionalen und lokalen öV-Angebots einspringen sollten, nicht der Bund. Zudem sollte man sich überlegen, auch das Angebot zu reduzieren, etwa beim Viertelstundentakt, wenn die Nachfrage wegen verbreitetem Home Office tiefer ausfällt.

**Mehrwertsteuer-
Rückzahlung**

- Jahrelang war auf den Radio- und Fernsehempfangsgebühren unrechtmässig Mehrwertsteuer erhoben worden. Nun sollen die Haushalte eine einmalige pauschale Vergütung von 50 Franken erhalten. Das Parlament ist einverstanden mit dieser vom Bundesrat vorgeschlagenen Lösung (19.077).

**14,4 Milliarden
Franken für das
Bahnnetz**

- Der Nationalrat ist einverstanden damit, mehr Geld als bisher ins Schienennetz zu investieren. Mit grosser Mehrheit hat er am Montag 14,4 Milliarden Franken für die nächsten vier Jahre bewilligt (20.044). Das sind 1,2 Milliarden Franken mehr als bisher. Ein Antrag aus der SVP, den Kredit um rund 500 Milliarden Franken zu kürzen, scheiterte. Angesichts des guten Zustands des Bahnnetzes hätten die bisherigen Mittel ausgereicht.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (12/12): Verkehr, Infrastruktur, Medien und Umwelt

Aufmüpfige Flugpassagiere

- Flegel-Passagiere sollen künftig einfacher rechtlich belangt werden können (20.054). Der Nationalrat hat am Montag als Erstrat die entsprechende Anpassung des sogenannten Abkommens von Tokio einstimmig gutgeheissen.

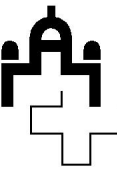
Schröpfung Strassenbenützer

- Eine Initiative aus der SVP (19.495) wollte erreichen, dass keine neuen Abgaben auf Treibstoffe oder Strassenbenützung erhoben werden dürfen, solange die jährlichen Staustunden über dem Schwellenwert von 12'000 Stunden liegen. Doch eine Mehrheit des Nationalrates betrachtet Autofahrer nach wie vor als Milchkühe der Nation, ohne für ausreichende Kapazität auf der Strasse zu sorgen.

De-facto- Gegenvorschlag zu Trinkwasser-/ Pestizidinitiative

- Kernpunkt der Vorlage ist, die mit dem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln verbundenen Risiken für Flüsse und Seen, naturnahe Lebensräume und als Trinkwasser genutztes Grundwasser bis 2027 um 50 Prozent zu reduzieren. Als Referenzwert dient das Mittel der Jahre 2012 bis 2015. Im Rat war dieser Vorschlag unbestritten. Weiter enthält die Vorlage (19.475) eine Verstärkung des Gewässerschutzes.

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Resultate der eidg. Volksabstimmung vom 27. September 2020
 3. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 - 4. Besuch im Bundeshaus**
 5. Aktualitäten



Ein Besuch im Bundeshaus ist während den Sessionen (wieder) jederzeit möglich – ich würde mich sehr darüber freuen!

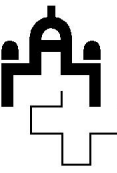
Die nächsten Sessionen finden an folgenden Daten statt:

- **Sondersession: 29. – 30. Oktober 2020**
- **Wintersession: 30. November – 18. Dezember 2020**
- **Frühlingssession: 1. – 19. März 2021**
- **Sommersession: 31. Mai – 18. Juni 2021**
- **Herbstsession: 13. September – 1. Oktober 2021**
- **Wintersession: 29. November – 17. Dezember 2021**

Ein Besuch im Bundeshaus ist wie folgt möglich:

- **Als Gruppe bis max. 40 Personen:**
 - Anmeldung im Internet unter www.parlament.ch:
Home > Services > Besuch im Parlamentsgebäude > Sessionsbesuche
 - Für Rückfragen E-Mail an sessionsbesuche@parl.admin.ch oder Tel. unter +41 58 322 97 11
- **Als Einzelperson oder Gruppe bis max. 4 Personen:**
 - E-Mail an mich
 - Individueller Besuch im Bundeshaus inkl. Besuch der Wandelhalle

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Resultate der eidg. Volksabstimmung vom 27. September 2020
 3. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 4. Besuch im Bundeshaus
 - 5. Aktualitäten**

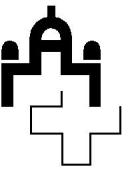


Abstimmungsempfehlung für die eidgenössische Volksabstimmung vom 29. November 2020

- Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» (Konzernverantwortungsinitiative)
- Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» (Kriegsmaterialexport-Initiative)

NEIN

NEIN



Haben Sie Fragen?